

Im engen Zusammenhang mit der konsequenten Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und deren Auswirkungen steht die rechtzeitige Feststellung und Aufklärung aller Anzeichen und Hinweise auf demonstratives und provokatorisches Auftreten von DDR-Bürgern in der Öffentlichkeit.

Besonders in der letzten Zeit ist eine Häufung von Eingaben durch DDR-Bürger an zentrale staatliche Stellen der DDR sowie von "Hilfeersuchen" an Organe der BRD bzw. der UNO festzustellen. Diese Personen stellen insbesondere Anträge auf Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, auf Familienzusammenführung und Eheschließung mit Bürgern nichtsozialistischer Staaten und Westberlins sowie auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR. Sie sind in der Regel auch potentielle Täter für Demonstrativhandlungen, die wir künftig rechtzeitig erkennen müssen, um ein Auftreten dieser Personen in der Öffentlichkeit wirksamer zu unterbinden.

Der Gegner versucht in zunehmendem Maße durch die politisch-ideologische Diversion und Kontaktpolitik/Kontakttätigkeit Einfluß auf Bürger der DDR zu gewinnen, sie im Sinne der bürgerlichen Ideologie zu manipulieren und bei ihnen den Entschluß zum ungesetzlichen Verlassen der DDR zu wecken.